

Afghanistan: Minister wagt das K-Wort

Guttenberg nennt Zustände in Teilen des Landes kriegsähnlich

Berlin – Der neue Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hat die Zustände in Afghanistan erstmals als „kriegsähnlich“ bezeichnet und sich damit deutlich von seinem Vorgänger Franz Josef Jung (CDU) abgegrenzt. In der „Bild“-Zeitung äußerte der CSU-Politiker gestern Verständnis für „jeden Soldaten, der sagt: In Afghanistan ist Krieg“.

Wortwahl passt nicht mehr

Bislang weigerte sich das Verteidigungsministerium unter Verweis auf völkerrechtliche Definitionen, den Einsatz am Hindukusch als Krieg zu bewerten, bezeichnete aber dort getötete Soldaten als Gefallene. Guttenberg sagte nun: „In Teilen Afghanistans gibt es fraglos kriegsähnliche Zustände. Zwar ist das Völkerrecht eindeutig und sagt: Nein, ein Krieg kann nur zwischen Staaten stattfinden.“ Aber „wenigstens in der Empfindung nicht nur unserer Soldaten führen die Taliban einen Krieg gegen die Soldaten der internationalen Gemeinschaft“. Manche herkömmliche Wortwahl passe für die Bedrohung von heute nicht mehr.

Der Deutsche Bundeswehrverband lobt die Einschätzung Guttenbergs. Der Minister zeige, „dass er den Puls der Truppe fühlt“, sagte Verbandschef Ulrich Kirsch der „Leipziger Volkszeitung“. Und dazu

gehöre die Erkenntnis, „dass die Soldatinnen und Soldaten, die in Kundus jeden Tag im Kampf stehen, dabei Tod und Verwundung erleben und selber töten müssen, diese Situation als Krieg empfinden“.

Er habe den Eindruck, dass Guttenberg „führen“ wolle, sagte Kirsch weiter. Darüber könnten „alle Beteiligten in den Streitkräften froh sein“, Nach der Zeit seines Vorgängers Franz Josef Jung sei ein derart medientauglicher Minister wie Guttenberg „eine Chance für die Bundeswehr“. Man befinde sich am Hindukusch in einem Konflikt, bei dem reguläre Streitkräfte aufständischen Guerillakriegern gegenüberstünden, so der Oberst. „Wir erleben in Afghanistan die Fortsetzung des Bürgerkriegs.“

Guttenberg äußerte sich zurückhaltend zu einer möglichen Aufstockung der Bundeswehr in Afghanistan. „Deutschland entzieht sich nicht“, sagte der CSU-Politiker. „Wir sind drittstärkster Truppensteller mit über 4300 Soldaten.“ Allerdings räumte der Minister ein, dass ein Problem der Isaf-Truppen der Mangel an Hubschraubern sei. Vom kommenden Jahr an würden weitere modernisierte Helikopter des Typs CH-53 eingesetzt.

Das Afghanistan-Mandat der Bundeswehr sieht den Einsatz von maximal 4500 Soldaten vor und gilt bis längstens 13. Dezember. Schon

Guttenbergs Vorgänger Jung hatte vor einigen Wochen erklärt, diese Grenze sei auch für das neue Mandat ins Auge gefasst. Änderungen seien erst nach der für Anfang kommenden Jahres geplanten internationalen Afghanistan-Konferenz denkbar.

FDP hält Aufstockung für denkbar

Der [FDP-Verteidigungsexperte Rainer Stinner](#) bekräftigte dies in der in Halle erscheinenden „Mitteldeutschen Zeitung“. „Wir werden nach der Afghanistan-Konferenz neue Überlegungen anstellen, aber bis dahin nichts verändern“, sagte er der Zeitung. „Deshalb reden wir jetzt nicht über eine Aufstockung, sondern verlängern erst mal das Mandat. Nach der Afghanistan-Konferenz werden wir die Dinge neu beurteilen.“ Stinner hält eine Aufstockung für denkbar, wenn das Konzept überzeugend ist.

Ein Termin für die Afghanistan-Konferenz steht bislang noch nicht fest. Zwar hatte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) nach der umstrittenen Bombardierung der entführten Tanklaster erklärt, sie wolle sich für eine Einberufung noch in diesem Jahr einsetzen; davon war aber angesichts der Begleiterscheitungen bei der Präsidentenwahl in Afghanistan seit einiger Zeit nicht mehr die Rede.

BM